

3/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

25 Jahre deutsch-französische Freundschaft

Ein Wegweiser für die Zukunft Europas

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland haben am Freitag, 22. Januar 1988, ein neues Kapitel ihrer Beziehungen aufgeschlagen. Der französische Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl unterzeichneten im Pariser Elysee-Palast zwei Vertragsprotokolle über die Gründung eines Verteidigungs- sowie eines Finanz- und Wirtschaftsrates. Außerdem wurde die Einsetzung des bereits vereinbarten Kulturrats und des Hochschulkollegs beschlossen. An gleicher Stelle hatten Charles de Gaulle und Konrad Adenauer am 22. Januar 1963 ihre Unterschrift unter den Freundschaftsvertrag gesetzt, der die Aussöhnung zwischen den beiden Völkern besiegelte. Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte in seiner Festrede u. a.:

Der Deutsch-Französische Vertrag ist Manifest unserer Freundschaft. Wir würdigen ihn als herausragende Leistung großer Staatsmänner wie als Ausdruck des sehnlichen Wunsches unserer Völker. Natürlich hat es im Lauf der letzten 25 Jahre auch Augenblicke der Ernüchterung gegeben. Nicht immer hat der Vertrag halten können, was sich seine Urheber von ihm versprochen hatten. Es gab auch Mißverständnisse — in unseren beiden Ländern wie bei Nachbarn und Freunden. So mancher meinte und meint, vor der Errichtung eines „Direktoriums“ warnen zu müssen, das der europäischen Einigung im Wege stehen könnte. Andere fürchteten, der Vertrag könne zu einer Entfremdung beider Länder von

HEUTE AKTUELL

- **Drogen**
Der Kampf gegen die Drogenkriminalität muß noch verstärkt werden. Seite 7
- **Tarifverträge**
Auch 1987 mehr Kaufkraft und kürzere Arbeitszeit. Seite 11
- **Altenpflege**
CDU stellt neue Initiativen vor. Seite 13
- **Frauenpolitik**
Neuer Bundesfachausschuß will für verstärkte Impulse sorgen. Seite 15
- **CDU Hessen**
Großer Vertrauensbeweis für Walter Wallmann. Seite 19
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Alles über den Großflächen-Service der Bundesgeschäftsstelle. Seite 22
- **Dokumentation**
Propaganda statt Alternativen. Eine Abrechnung mit der SPD-Steuerpolitik. Grüner Teil

Zitat

„Wenn Europa einmal einträchtig sein gemeinsames Erbe verwalten würde, dann könnten seine drei- oder vierhundert Millionen Einwohner ein Glück, einen Wohlstand und einen Ruhm ohne Grenzen schaffen. Wir müssen eine Art Vereinigter Staaten von Europa schaffen“.

(Großbritanniens Premierminister Winston Churchill im September 1946)

den Vereinigten Staaten führen.

Heute müssen die Skeptiker ehrlicherweise eingestehen: Alle Ermahnungen und Befürchtungen haben sich als gegenstandslos erwiesen. Mehr denn je ist der Vertrag ein Wegweiser für die Zukunft Europas ebenso wie im Alltag der deutsch-französischen Beziehungen. Seit kurzem richten wir die Aufmerksamkeit verstärkt auf den Bereich der Sicherheitspolitik. Wenn wir heute den Deutsch-Französischen Vertrag auch auf diesem Gebiet erfüllen, greifen wir unmittelbar auf, was Konrad Adenauer und Charles de Gaulle vorgezeichnet haben.

Vielleicht ist es daher erst heute möglich, den Vertrag in seiner ganzen Tragweite zu würdigen. Sie eröffnet sich uns vor allem durch drei Gesichtspunkte, die im Vertrag selbst eindrucksvoll zur Geltung kommen:

1. das im Laufe vieler Jahrhunderte gewachsene Band unserer historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten;
2. das immer enger werdende Miteinander von Deutschen und Franzosen in den Jahren nach 1945, nach den bitteren Erfahrungen dieses Jahrhunderts; und
3. die gemeinsame Verpflichtung auf das Werk der europäischen Einigung.

Der Deutsch-Französische Vertrag steht in der Tradition unserer gemeinsamen

Geschichte. Zwei Nachbarländer, „dazu geschaffen, einander zu ergänzen“ — wie Charles de Gaulle es einmal ganz bewußt angesichts der Gräber von Verdun ausdrückte —, haben aus ihrem gemeinsamen Weg durch die Jahrhunderte, auch aus Irrungen und Wirrungen die Konsequenz gezogen: Sie begreifen sich als Schicksalsgemeinschaft und führen ihre großen geistigen, kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Reichtümer zusammen.

Jugendaustausch hat hohen Stellenwert

Zur Freundschaft gehören Bereitschaft und Bemühen, den anderen aus dessen eigenen Gegebenheiten heraus verstehen zu wollen. Zu Recht haben deshalb die kulturellen Beziehungen sowie gerade der Jugendaustausch einen so hohen Rang im Deutsch-Französischen Vertrag. Premierminister Chirac und ich haben im September vergangenen Jahres beim deutsch-französischen Jugendtreffen in Ludwigsburg bekräftigt, welche entscheidende Bedeutung dem Jugendaustausch für die gemeinsame Zukunft unserer beiden Länder zukommt.

In den vergangenen 25 Jahren haben über fünf Millionen junge Deutsche und Franzosen am Austauschprogramm des Deutsch-Französischen Jugendwerks teilgenommen und so ein Netz von Freundschaften geknüpft. Auch Partnerschaften von Ländern, Provinzen und Städten und eine Fülle gesellschaftlicher Kontakte haben zahlreiche Bindungen geschaffen. Allen, die daran mitgewirkt haben, möchte ich für ihren großartigen Einsatz von Herzen danken.

Ein weiterer Zusammenhang besteht zwischen der deutsch-französischen Freundschaft und der europäischen Einigung. So wie Europa den notwendigen Rahmen

für die deutsch-französische Aussöhnung bot, so war und ist diese Verständigung auch Voraussetzung, Grundlage und bleibender Antrieb für den europäischen Einigungsprozeß.

So bekräftigt der Elysee-Vertrag konsequenterweise, „daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Wege zu dem Vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist“.

Unser gemeinsames Ziel ist die Europäische Union

Es ist erklärter Inhalt des Vertrags, daß Deutsche und Franzosen eine besondere europäische Verantwortung übernehmen und auf dem Weg zur Europäischen Union gemeinsam als treibende Kraft wirken. Es ist wahr: Nicht immer nach 1963 wurde dieser europäische Auftrag mit dem notwendigen Engagement erfüllt.

Seit einigen Jahren aber nehmen Deutsche und Franzosen diese Verpflichtung wieder in vollem Umfang wahr. Die Schaffung des europäischen Währungssystems war ein solcher Neubeginn. Auf diesem Wege müssen und wollen wir weitergehen.

Zahlreiche deutsch-französische Initiativen sind seither gefolgt, die der europäischen Einigung neuen Auftrieb gegeben haben. Ich erwähne hier vor allem die Technologie-Initiative EUREKA und die Einheitliche Europäische Akte. Damit haben wir uns ehrgeizige Ziele gesetzt, die über den Tag weit hinausweisen.

Lange und mühsame Verhandlungen lassen sich nicht vermeiden, wenn zwölf Staaten komplizierte Entscheidungen treffen müssen, und es ist oft schwierig, Kompromisse zu finden. Wir alle wissen, daß wir die aktuellen Finanz- und Agrar-

probleme lösen müssen, wenn die Gemeinschaft Zukunft haben soll.

Aber wir wissen auch: Dieses Bild von Europa kann kaum begeistern und die Herzen — nicht zuletzt der jungen Generation — gewinnen. Dafür brauchen wir eine Vision — und mehr denn je muß eine solche Vision das Werk der deutsch-französischen Zusammenarbeit sein:

Für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik

Wir müssen angesichts der Realitäten unserer Welt eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik schaffen. Die Brücke über den Atlantik zu unseren amerikanischen Freunden wird auf Dauer nur dann halten können, wenn sie auf beiden Seiten auf festgefühten Pfeilern ruht.

Wir ziehen mit unseren politischen Entscheidungen auch die Konsequenz aus einer grundlegenden Prämisse des Deutsch-Französischen Vertrags. Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland können nur gemeinsam Sicherheit finden. Die vielen französischen Soldaten, die in der Bundesrepublik Deutschland Dienst tun, leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Freiheit und Sicherheit unserer beiden Länder. Ich möchte ihnen dafür herzlich danken.

Wir müssen das Territorium unserer beiden Länder als einen geschlossenen Verteidigungsraum begreifen, als eine Einheit, die wir nur gemeinsam schützen können — oder überhaupt nicht.

Wir haben heute die Vereinbarung über die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates unterzeichnet. Sie ist ein weithin sichtbarer Ausdruck der Frankreich und Deutschland verbindenden Schicksalsgemeinschaft.

Mit dieser Vereinbarung bekräftigen Frankreich und die Bundesrepublik

Deutschland ihre Entschlossenheit, im Einklang mit ihren vertraglichen Verpflichtungen in der WEU und der NATO ihre Sicherheit und ihre Freiheit gemeinsam zu verteidigen.

Jetzt gilt es, mit großem Ernst an die Aufgaben heranzugehen, die wir uns gestellt haben: Dazu gehört insbesondere der Beschluß,

- gemeinsame Konzeptionen auf dem Gebiet von Verteidigung und Sicherheit auszuarbeiten sowie

- eine enge Abstimmung in allen die Sicherheit Europas angehenden Fragen einschließlich denen von Rüstungskontrolle und Abrüstung sicherzustellen.

Dabei sind wir uns bewußt, daß es in der Praxis nicht immer einfach sein wird, diesen Beschluß auszuführen. Aber gerade an diesen Aufgaben führt kein Weg vorbei, wenn wir das von Staatspräsident Mitterrand geprägte Leitbild von unserer Schicksalsgemeinschaft in die Tat umsetzen wollen.

Wir haben den Zeitpunkt für diese auch institutionell greifbare Verstärkung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland nicht ohne Bedacht gewählt.

Der Ost-West-Dialog

In die Politik zwischen West und Ost ist Bewegung gekommen. Ihre Chancen wollen wir wahrnehmen. Wir wären aber schlecht beraten, wenn wir uns von Stimmungen mitreißen ließen, statt nüchtern unsere gemeinsamen Interessen in den Dialog zwischen West und Ost einzubringen.

Wir — Franzosen und Deutsche — wollen Fortschritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle, aber auf keinen Fall um den Preis unserer Sicherheit. Ziel unserer Politik ist und bleibt die Verhin-

Blüm-Zitate

„Viele Bundesbürger beklagen mit dem Sektglas in der Hand die Katastrophe.“

„Wer in der Politik nicht lachen kann, bei dem hat auch das Volk nichts zu lachen.“

„Während wir Christdemokraten dem Verletzten helfen, berufen die Sozialisten eine Enquetekommission ein, um die Unfallursache zwischen Jerusalem und Jericho zu ermitteln.“

„Wir sind Weltmeister im Pillennehmen.“

„Nicht aus jedem Fahrstuhlführer kann ein Weltraumfahrer werden.“

„Unternehmer und Arbeiter sitzen im selben Boot.“

derung eines jeden Krieges in Europa, nuklear wie konventionell.

Auf der Tagesordnung stehen nicht nur Abrüstung und Rüstungskontrolle. Wenn mehr Vertrauen und Stabilität zwischen West und Ost entstehen sollen, müssen auch die politischen und ideologischen Ursachen des West-Ost-Konflikts abgebaut werden.

Wir sind bereit, hierzu einen konstruktiven Beitrag zu leisten, und ich glaube, daß Frankreich und Deutschland sich entschließen sollten, die jetzt vor uns liegende Phase der Ostpolitik aktiv und — wo immer möglich — in stärkerem Maße gemeinsam mitzugestalten. Ein solcher gemeinsamer Aufbruch würde deutlich machen, daß unsere beiden Länder in einem Kernbereich ihrer Außenpolitik zusammenstehen und sich nicht auseinanderdividieren lassen.

Wie auch immer die historischen Stichworte lauten, es darf nie wieder dahin kommen, daß einer von uns in Versu-

chung geführt wird, seine außenpolitischen Interessen zu Lasten des anderen zu verfolgen.

Am heutigen Tag haben wir auch einen Beschluß über die Aufstellung eines deutsch-französischen Truppenverbandes gefällt. Damit ist eine Keimzelle geschaffen, die sich weiterentwickeln kann — ein Kristallisationspunkt für eine deutsch-französische Sicherheitsgemeinschaft.

Am Ende dieses Weges muß eine gemeinsame europäische Verteidigung stehen, wenn möglich mit einer europäischen Armee — unter Einschluß unserer europäischen Freunde und in vertrauensvoller Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Eine Wirtschafts- und Währungsunion nützt beiden Völkern

Auch die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion wird maßgeblich von der deutsch-französischen Zusammenarbeit abhängen. Ein entscheidender Schritt dazu wird sein, bis 1992 in der Europäischen Gemeinschaft den Binnenmarkt zu verwirklichen. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit — und ich denke, auch unsere französischen Freunde sind es —, hier die notwendigen Entscheidungen zu treffen, auch wenn sie Opfer kosten.

Dabei kommt es einerseits darauf an, alle noch störenden Handelsbarrieren zu beseitigen. Andererseits müssen unsere Industrien diesen Markt noch mehr als bisher als eine Chance zur Zusammenarbeit nutzen.

Die Vereinbarung über einen deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat entspringt dem berechtigten Wunsch nach einer größeren Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken beider Länder und ihrer Position in internationalen Finanz- und Wirtschaftsfragen.

Dieser neue Impuls soll dazu beitragen, den nationalen Egoismus zu überwinden und praktische Solidarität — auf der Grundlage gemeinsamer Interessen — zu verwirklichen. Damit wollen wir auch ein Beispiel für andere setzen — und ich hoffe, daß sich möglichst viele andere in Europa diesem Beispiel anschließen werden.

Deutsche und Franzosen müssen gemeinsam den Kern einer Europäischen Union bilden — einer Union, die sich nicht einfach als gemeinsamer Markt begreift, sondern als Gemeinschaft von Werten einer freiheitlichen, rechts- und sozialstaatlichen Demokratie. Wir müssen fähig sein, unsere Interessen in immer stärkerem Maße zu bündeln und als Gemeinschaft des Handelns aufzutreten. Wir laden unsere europäischen Partner herzlich ein, an diesem Werk mitzuarbeiten — aber wir werden uns nicht davon abbringen lassen, diese Union voranzubringen und sie gemeinsam mit jenen zu vollenden, die daran mitwirken wollen.

Dieser Anstrengung werden wir uns stellen, so wie wir es uns vor 25 Jahren im Deutsch-Französischen Vertrag versprochen haben. Deutsche und Franzosen wollen gemeinsam eine Zukunft in Freiheit gestalten — im Bewußtsein geschichtlicher Erfahrungen und unserer Verantwortung für Europa und für die Generationen, die nach uns kommen.

Es lebe die deutsch-französische Freundschaft, es lebe Europa.

Benzinpreise fallen wieder

Die Benzinpreise in Nordrhein-Westfalen rutschen wieder in den Keller. Nach Umfragen des ADAC Nordrhein gibt es mancherorts bleifreies Normalbenzin bereits für weniger als 79 Pfennig; bleifreies Super für weniger als 85 Pfennig.

Rheinhausen: Keiner „fliegt“

Kein Arbeitnehmer soll bei der geplanten Stilllegung der Krupp-Hüttenwerke in Duisburg-Rheinhausen auf die Straße gesetzt werden. Dazu hat sich der Vorstand der Krupp-Stahl AG in einem Schreiben an Bundes- und NRW-Landespolitiker verpflichtet. Von den derzeit 5.300 Arbeitern und Angestellten in Rheinhausen werden „dauerhaft“ 2.150 in der neuen Gesellschaft Hüttenwerke Krupp Mannesmann „einen ihrer bisherigen Tätigkeit entsprechenden“ Arbeitsplatz finden. Für die verbleibenden 3.150 Arbeitnehmer sind in den nächsten Jahren verschiedene „Anpassungen“ vorgesehen. So werden 1.200 Mitarbeiter nach Vollendung des 55. Lebensjahres vorzeitig ausscheiden, 450 einen gleichwertigen Arbeitsplatz im Krupp-Konzern finden, 200 Beschäftigte von der Thyssen Stahl AG übernommen werden, 600 ein Angebot von Arbeitsplätzen in benachbarten Unternehmen erhalten und schließlich 700 Arbeitnehmer durch Fluktuation und Abfindungen ausscheiden.

Zahl der Erwerbstätigen steigt

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes steigt die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 1987 um 155.000 Personen auf 25,86 Millionen. Gegenüber dem Tiefpunkt 1983 zählen wir rund 700.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr.

Steigendes Bruttosozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland, der umfassendste Ausdruck für die wirtschaftliche Leistung, hat im vergangenen Jahr erstmals

die Grenze von zwei Billionen DM überschritten. Nach der vorläufigen Rechnung des Statistischen Bundesamtes waren es 2,023 Billionen. Im Vergleich zu 1986 ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr um real 1,7% gewachsen.

Weniger Pleiten

Im November 1987 wurden in der Bundesrepublik Deutschland nur 1.203 Insolvenzen gemeldet, 16,2% weniger als im November 1986. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes war dies die niedrigste monatliche Zahl 1987. Die Zahl der Konkurse und Vergleiche von Unternehmen betrug nur 794; das waren 20 Prozent weniger. Von Januar bis November 1987 wurden 16.106 Insolvenzen gezählt, darunter 11.080 von Unternehmen. Das waren insgesamt 7 Prozent und bei den Unternehmen sogar 11 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Praktizierter Umweltschutz

Im Jahre 1987 konnten in der Bundesrepublik Deutschland 37 Ortsumgehungen mit einem Gesamtkostenaufwand von rund 1,2 Mrd. DM für den Verkehr freigegeben werden. Mit dem Bau von Ortsumgehungen werden Verkehrslärm und Autoabgase in den bisherigen Ortsdurchfahrten wesentlich reduziert und die Verkehrssicherheit in den einzelnen Orten selbst erhöht.

Große Koalition in Hannover

Gegen den Willen des Parteivorstandes hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hannover die Zusammenarbeit mit den Grünen aufgekündigt und sich für eine große Koalition entschieden. Mit 19 zu 15 Stimmen beschloß die Fraktion, den Stadthaushalt 1988 mit der CDU zu verabschieden.

Kampf gegen Drogenkriminalität muß noch verstärkt werden

Zu der von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann vorgelegten Rauschgiftbilanz 1987 erklärte die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Jugendpolitik der CDU, Ruth Hieronymi:

Obwohl die Zahl von über 450 Drogentoten im vergangenen Jahr noch unter der Höchstzahl von 623 Rauschgiftopfern im Jahr 1979 liegt, ist der erneute Anstieg um mehr als 100 Tote gegenüber 1986 besorgniserregend. Durch die Einrichtung einer Abteilung Rauschgiftbekämpfung im Bundeskriminalamt und den Einsatz von deutschen Drogenfahndern bereits in den Herkunftsländern des Rauschgifts sind durch die Regierung Helmut Kohl bereits wichtige Erfolge im Kampf gegen die Drogenkriminalität gelungen. Diese Maßnahmen müssen fortgesetzt und ausgebaut werden.

Die zuständigen **Bundesfachausschüsse der CDU** werden ein Gesamtkonzept entwickeln, das Maßnahmen zur Bekämpfung der Drogenkriminalität, aber auch zur Vorbeugung gegen die Drogengefahr enthält. Dazu gehört u. a., daß Polizei und zuständige Behörden noch bessere Möglichkeiten bei der Fahndung nach kriminellen Drogenhändlern erhalten. Besonders erfolgversprechend ist die weitere Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Fahndung nach Drogenkriminellen in den Herkunftsländern. Vielfach wird die Bekämpfung des organisierten Rauschgift Handels noch durch eine nicht ausreichende internationale Zusammenarbeit erschwert. Fahndungshindernisse sind abzubauen. Dafür müssen auch die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.

Gleichzeitig müssen unsere jungen Menschen durch präventive Maßnahmen davor geschützt werden, in den Sog der Drogensucht zu gelangen. Dazu gehört auch eine Verstärkung der Aufklärung in Schulen, Familien und Medien über die Gefahren des Drogengebrauchs. Drogenabhängige müssen weitere Möglichkeiten bekommen, aus dem Teufelskreis der Abhängigkeit auszusteigen. Es müssen auch neue Wege der Betreuung in Initiativen und Selbsthilfegruppen gefördert werden.

Hannelore Kohl erhielt 100 000 DM für Unfallopfer

Eine beachtliche Spende in Höhe von 100.000 Mark hat die Präsidentin des ZNS-Kuratoriums, Hannelore Kohl, für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems von der Kölner Central Krankenversicherungs AG erhalten. Das Geld war ursprünglich für eine öffentliche Feier zum 75jährigen Jubiläum vorgesehen. Die große Spende solle Signalwirkung für andere Unternehmen haben, gemeinnützige Organisationen zu fördern. Hannelore Kohl wies darauf hin, daß in der Bundesrepublik jährlich rund 200.000 Unfälle mit Kopfverletzungen registriert würden. Sie ereigneten sich im Straßenverkehr, bei der Arbeit, im Haushalt sowie bei Sport und Spiel. Bei 10.000 bis 20.000 der kopfverletzten Männer, Frauen, Jugendlichen und Kinder blieben Dauerschäden zurück. Ihre Folgen stellen die Betroffenen vor große Probleme im Berufs- und Privatleben.

Horst Waffenschmidt:

Auswertung der Volkszählung kommt zügig voran

Zum Stand der Arbeiten an der Volkszählung 1987 erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Horst Waffenschmidt: „Die Arbeiten an der Volkszählung 1987 schreiten zügig voran. Der positive Gesamteindruck von der Teilnahmebereitschaft und der Qualität der zu erwartenden Ergebnisse hat sich im weiteren Verlauf der Arbeiten in den Erhebungsstellen und in den statistischen Landesämtern bestätigt.

Es ist besonders erfreulich, daß bundesweit der Anteil der Außenstände der Erhebungsstellen mittlerweile unter zwei Prozent gesunken ist. In Rheinland-Pfalz und Bayern liegt der Anteil sogar weit unter ein Prozent. Während die Arbeiten der Erhebungsstellen in ländlichen Regionen und in kleineren Städten, bis auf die Abwicklung laufender Verfahren bei Verstößen gegen die Auskunftspflicht, weitgehend abgeschlossen sind, ist die Situation in größeren Städten unterschiedlich. Wie schon bei früheren Zählungen sind hier häufig spätere Termine für die Ablieferung der Erhebungsunterlagen an die statistischen Landesämter vorgesehen. Der Arbeitsaufwand in diesen Erhebungsstellen, einschließlich der Abwicklung von Erinnerungs- und Mahnverfahren, ist erfahrungsgemäß etwas höher.

Etwa ein Drittel der Bevölkerung, mehr als ursprünglich angenommen, nutzte die Möglichkeit der portofreien postalischen Rücksendung der Erhebungsunterlagen. Dieses im Rahmen einer Volkszählung

erstmalig angewendete Verfahren führte in den Erhebungsstellen zu einem erhöhten Arbeitsaufwand.

Nach den Feststellungen der statistischen Landesämter ist die Qualität der Daten insgesamt als gut zu bezeichnen. Sie entspricht der Volkszählung 1970, deren Ergebnisse einen international anerkannten hohen Standard erreichten. Ebenso wie die Boykott- und Störaktionen in der Erhebungsphase ins Leere gelaufen sind, hat sich damit auch der sogenannte ‚weiche Boykott‘ (bewußtes Falschausfüllen der Fragebogen) als reines Wunschdenken der Volkszählungsgegner erwiesen“.

Zitat

„Rau hat gesagt: Unser Nein zur weiteren Nutzung der Atomkraft gilt ohne Unterschied für alle Reaktortypen. Das ist derselbe Johannes Rau, der deutsche Kerntechnologie im Ausland wie saures Bier anbietet, nordrhein-westfälische Kernenergie. Kerntechnologie in Moskau anbietet, der ausländische Käufer darauf hinweist, wie gut und wie hochqualifiziert unsere Kerntechnologie ist.

Können Sie sich einen Verkäufer vorstellen, der etwas verkauft, was er zu Hause nicht anwendet? Wenn Sie so einen Verkäufer in Ihrem Betrieb haben, schmeißen Sie ihn raus, so ähnlich wie einen Schuhverkäufer, der barfuß herumläuft“.

(Norbert Blüm über Johannes Rau auf dem NRW-Mittelstandstag in Herne)

Dorothee Wilms begrüßt Städte-Partnerschaft zwischen Bonn und Potsdam

Zur Unterzeichnung des Vertrages über die Städtepartnerschaft zwischen Bonn und Potsdam erklärt der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms: Ich freue mich, daß mit Bonn und Potsdam zwei weitere alte deutsche Städte ihre Verbundenheit und ihren Willen zur Partnerschaft besiegelt haben. Beide Städte stehen in einer großen kulturellen und historischen Tradition, in der sich bei aller Unterschiedlichkeit die reiche Vielfalt und unteilbare Einheit deutscher Geschichte widerspiegelt. Ihren Bürgern wünsche ich, daß sie in persönlichen Begegnungen die verbindenden Gemeinsamkeiten und gegenseitiges Verständnis erfahren.

Die Bundesregierung begrüßt, daß bisher 20 Städtepartnerschaften begründet und weitere 15 von der DDR fest zugesagt worden sind. Sie wird wie bisher solche Bemühungen unterstützen und darauf hinwirken, daß deren vielfältige Begegnungsmöglichkeiten genutzt werden können, so wie es in dem gemeinsamen Komunique zum Besuch Generalsekretär Honeckers in Bonn von beiden Seiten festgelegt wurde.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß in zunehmendem Maße auch kleineren Städten und Gemeinden sowie den Berliner Bezirken und den Landkreisen kommunale Partnerschaften ermöglicht werden.

Der Partnerschaftsvertrag zwischen Bonn und Potsdam, dessen Entwurf im November vereinbart worden war, ist in Potsdam unterzeichnet worden. Zur feierlichen Gegenunterzeichnung wird eine Potsda-

mer Delegation im nächsten Monat nach Bonn kommen.

EAK und Menschenrechte

Der EAK-Bundesvorsitzende, Staatsminister Albrecht Martin, konnte am 25. 1. 1988 260 Teilnehmer zum 8. „Bonner Theologischen Gespräch“ begrüßen. Prof. Dr. Martin Brecht aus Münster sprach über „Die Menschenrechte in der Geschichte der Kirche“.

Wer Interesse an dem Text seiner Rede hat, wendet sich bitte an den Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Tel.: (02 28) 544-3 05

Kulenkampff mußte „klein begeben“

Der frühere Showmaster Hans-Joachim Kulenkampff hat sich in einer Unterlassungserklärung verpflichtet, die von ihm im Rahmen einer NDR-Talkshow gegen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler erhobenen Anschuldigungen und Vorwürfe nicht zu wiederholen, nicht zu verbreiten und auch nicht verbreiten zu lassen. Das betrifft die beleidigende Äußerung, Geißler sei schlimmer als Goebbels, den Vorwurf der „Brunnenvergifterei übelster Sorte“ sowie eine Reihe weiterer Äußerungen. Falls Kulenkampff dieser Verpflichtung zuwiderhandelt, ist der CDU-Generalsekretär berechtigt, „nach billigem Ermessen“ eine Vertragsstrafe festzusetzen, die gegebenenfalls vom Landgericht zu überprüfen ist.

Arbeitszeitgesetz:**Alte Ordnung von 1938 abgelöst**

Das neue Arbeitszeitgesetz soll die alte und überholte Arbeitszeitordnung von 1938 ablösen. Wir wollen dabei ganz bewußt nicht, Arbeitszeiten limitieren, und damit Arbeit umverteilen. Dieses Feld belassen wir den Tarifvertragsparteien und den Verantwortlichen in den Unternehmen und Betrieben, erklärte MdB Julius Louven, Berichterstatter der Fraktion, im Deutschen Bundestag.

Im ersten Abschnitt des Gesetzentwurfs werden am Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer orientiert Grenzen für die höchstzulässige tägliche Arbeitszeit für Ruhepausen während der Arbeitszeit und für Mindestruhezeiten zwischen Beendigung und Wiederaufnahme der Arbeit festgelegt. Das Gesetz konzentriert sich dabei auf übersichtliche und am Gesundheitsschutz orientierte Grundnormen. Die Ausfüllung und Anpassung dieser Normen an die Notwendigkeiten des Arbeitslebens überlassen wir bewußt den Tarifvertragsparteien.

Entsprechend langjähriger Erfahrung läßt der Gesetzentwurf eine flexible Verteilung der Arbeitszeit bis zehn Stunden zu, falls innerhalb eines Ausgleichszeitraums von vier Monaten im Durchschnitt acht Stunden werktäglich nicht überschritten werden. Für Abweichungen von den Grundnormen liegt die Zuständigkeit bei den Tarifpartnern. Wir glauben, daß damit das Bewußtsein für einen Überstundenabbau geschärft wird. Die Tarifpartner sind gefordert, kontinuierlich anfallende Mehrarbeit durch Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte abzufangen. Der Frauenarbeitsschutz ist ein weiterer wichtiger Punkt des Gesetzentwurfes.

Hier lautet der Grundsatz: Vorschriften über erhöhten Schutz für Frauen werden aufrecht erhalten, soweit geschlechtsspezifisch und zum Schutz werdenden Lebens erforderlich. Darüber hinaus gehende Vorschriften werden aus Gründen der Gleichbehandlung von Frauen und Männern aufgehoben. Dies bedeutet zum Beispiel, daß künftig Frauen auch Kraftfahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen lenken dürfen. Es bedeutet auch, daß eine Beschäftigung am Bau unter Umständen möglich ist. Dies ist kein Abbau des besonderen Arbeitsschutzes für Frauen, sondern die längst überfällige Aufhebung von Bestimmungen, die Frauen benachteiligen, indem sie ihnen den Zugang zu bestimmten Arbeiten erschweren.

Christa Thoben leitet Fachausschuß „Wirtschaftspolitik“

Zur Vorsitzenden des neu konstituierten Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik der CDU wurde die nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Christa Thoben, gewählt. Stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses wurden Dieter Murmann, Mitglied im Präsidium des Wirtschaftsrates sowie Mitglied des Landesvorstandes der CDU Schleswig-Holstein, und Christian Neuling, MdB, Mitglied im Bundesvorstand der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und Landesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung Berlin.

Auswertung der Tarifverträge 1987

Mehr Kaufkraft und kürzere Arbeitszeit

Schwerpunkte der 1987 abgeschlossenen Tarifverträge lagen erneut im Bereich der Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie der Arbeitszeitverkürzungen. Das ergab die vom Bundesarbeitsministerium alljährlich durchgeführte Auswertung der Tarifverträge. Neuland wurde vor allem im Bereich der chemischen Industrie beschritten, wo erstmals für Arbeiter und Angestellte ein einheitlicher Entgelttarifvertrag vereinbart wurde.

1987 haben die Tarifvertragsparteien Lohn- und Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 3,6 Prozent vereinbart. Zusammen mit der wirksam gewordenen Stufenanhebung von durchschnittlich 2,6 Prozent aus den 1986 abgeschlossenen Tarifverträgen standen den Arbeitnehmern tarifvertraglich rund 3,4 Prozent mehr Lohn oder Gehalt zur Verfügung. Damit sind die Netto-Realverdienste im Vergleich zu 1986 wiederum angestiegen.

Neben Lohn- und Gehaltserhöhungen haben die Tarifvertragsparteien auch 1987 kürzere Regelarbeitszeiten vereinbart. Wenn die bereits abgeschlossenen Tarifverträge in diesem Jahr bzw. 1989 in Kraft treten, werden rund 10 Millionen Arbeitnehmer, das sind ca. 50 Prozent, eine tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Regelarbeitszeit von unter 40 Stunden haben. Alle übrigen Tarifverträge sehen eine 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit vor. Verlängerungen bei der Urlaubsdauer wurden 1987 nur in geringem Umfang vereinbart. Mittlerweile haben 94 Prozent der tarifvertraglich erfaßten Arbeitnehmer einen Urlaubsanspruch von fünf Wochen und mehr,

66 Prozent haben mindestens sechs Wochen Urlaub im Jahr.

Die Entwicklung, Einkommenstarifverträge gemeinsam für Arbeiter und Angestellte abzuschließen, hat sich 1987 fortgesetzt. Während es sich bei den bisherigen Abschlüssen lediglich um kleinere Tarifbereiche handelte, hat sich dieser Trend mit den Beschlüssen der chemischen Industrie entscheidend verbreitert. In der chemischen Industrie wurde nach über 6jährigen Verhandlungen ein solcher einheitlicher Entgelt-Tarifvertrag abgeschlossen, der im Sommer 1988 in Kraft tritt und der statt der bisherigen Lohntarifverträge für gewerbliche Arbeitnehmer und der Gehaltstarifverträge für Angestellte ein für Arbeiter und Angestellte gemeinsames Entgeltsystem schafft.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, **Wolfgang Vogt**, bewertete das Ergebnis der Auswertung dieser tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen als einen Beweis dafür, daß die Gestaltung der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen und der Entgelte das ureigene Feld der Tarifvertragsparteien sei. Niemand, auch nicht die Opposition könne mit einem Arbeitszeitgesetz, wie es derzeit im Bundestag beraten werde, die Tarifvertragsparteien bevormunden. Dieses Gesetz müsse ein Instrument zur Verbesserung des gesundheitlichen Schutzes der Arbeitnehmer bleiben. ■

Geringere Energiekosten

1987 mußten die Bürger und die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland 50 Mrd. DM weniger für Energie ausgeben als 1985.

BACDJ für Reform des Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts

Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), der baden-württembergische Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten Heinz Eyrich erklärte zur Neuregelung des Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts für Volljährige:

Der BACDJ begrüßt es, daß die Bundesregierung die Reform dieses Rechtsgebiets in Angriff genommen hat. Eine Neuregelung sollte in der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages beschlossen werden.

Das Recht der Entmündigung, der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige bedarf dringend der Reform. Vormundschaft und Pflegschaft betreffen vor allem Altersgebrechliche, psychisch Kranke und Behinderte, also Mitbürger, die sich oft auf der Schattenseite des Lebens befinden. Die hier maßgebliche Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch entstammt Vorstellungen des 19. Jahrhunderts und wird dem Menschenbild des Grundgesetzes nicht mehr voll gerecht.

Kernstück einer Neuregelung soll ein modernes Beistandsrecht sein, das das bisherige Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht für Erwachsene ablöst. Das künftige Recht soll vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beherrscht sein. Das neue Recht muß stärker als bisher an den persönlichen Belangen des zu Betreuenden ausgerichtet werden. So soll der Betroffene, der eines Beistands bedarf, jemanden erhalten, der sich auch persönlich um ihn kümmern kann. Für alte Menschen ist es wichtig, daß voreilige Wohnungsaufösungen vermieden werden, solange die Möglichkeit noch

besteht, daß sie in ihre bisherige Umgebung zurückkehren können. Auch soll das Gericht darüber wachen, daß der bisherige Lebenszuschnitt erhalten bleibt. Dem neuen Verständnis des künftigen Rechts entspricht es auch, daß Begriffe wie „Mündel“, „Geisteskrankheit“ und „Geistesschwäche“ durch eine zeitgemäße Bezeichnung ersetzt werden.

Ein wichtiges Anliegen des künftigen Rechts wird es sein, die Rechtsstellung des Betroffenen zu verbessern. So sollte die Berechtigung einer gerichtlichen Anordnung in bestimmten Zeitabständen auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Die Voraussetzungen für eine mit Freiheitsentziehung verbundene Unterbringung müssen näher gesetzlich bestimmt werden. Da das bisherige Entmündigungsverfahren als ein Verfahren nach der Zivilprozeßordnung sich nicht bewährt hat, ist ein einheitliches Verfahren innerhalb der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu schaffen. Die Rechtsstellung der Betroffenen ist auch dadurch zu verbessern, daß im Gesetz ausdrücklich bestimmt werden soll, daß vor allen Entscheidungen rechtliches Gehör zu gewährt ist. Bei wichtigen Entscheidungen erscheint es zusätzlich erforderlich, eine persönliche Anhörung vorzusehen. Ist eine persönliche Anhörung des Betroffenen nicht möglich, so ist vom Gericht ein besonderer Vertreter für das Verfahren beizuordnen.

Eine Neuregelung, die eine wirkliche Verbesserung des bisherigen Rechtszustandes bringt, wird allerdings nicht zum Nulltarif zu haben sein. Die Beistände sollen zwar im Grundsatz auch künftig ehrenamtlich tätig sein. Die Regelungen über den Aufwendungsersatz müssen jedoch verbessert werden.

CDU stellt Initiativen zur Neuordnung der Altenpflegeausbildung vor

Die Bundesvorsitzende der Frauenvereinigung, Rita Süßmuth und der Seniorenbeauftragte, Gerhard Braun sowie der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik, Hermann-Josef Arentz, stellten am 21. Dezember 1987 vor der Presse in Bonn eine gemeinsame Initiative zur Neuordnung der Altenpflegeausbildung vor. Gefordert wird eine durchgreifende Verbesserung der Altenpflegeausbildung in allen Bundesländern.

Die wichtigsten Gründe hierfür sind:

- Der revolutionäre Umbruch im Altersaufbau der Bevölkerung führt zu einer noch nie dagewesenen Konzentration alter und sehr alter Mitbürger.
- Der Anteil der Schwer- und Schwerstpflegebedürftigen nimmt immer stärker zu. Die Entwicklung der Medizin hat dazu geführt, daß immer mehr Menschen alt werden können — allerdings häufen sich bei ihnen auch oft die Gebrechen.
- Die Arbeit der Altenpflegerinnen/Altenpfleger wird durch diese Entwicklung immer komplizierter und schwieriger. Die psychischen, fachwissenschaftlichen und handwerklichen Anforderungen an diesen Beruf sind in den letzten Jahren enorm gewachsen.

Deshalb ist festzustellen:

Die durchgreifende Reform der Altenpflege-Ausbildung ist eine notwendige Investition in eine altengerechte und altenfreundliche Gesellschaft. Wer heute die Augen vor dieser Notwendigkeit verschließt, macht sich morgen schuldig an erschreckenden Mängeln in der Versorgung hilfsbedürftiger alter Menschen.

Die Zahl der älteren Mitbürger über 60 Jahre wird ständig zunehmen. Bis 1990 wird ihre Zahl um 600 000 auf rund 13 Millionen ansteigen. Voraussichtlich werden im Jahre 2030 etwa 17 Millionen Mitbürger über 60 Jahre bei uns leben. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird von rund 20 Prozent kontinuierlich bis auf 36 Prozent ansteigen.

Die Zahl der hochbetagten älteren Menschen über 80 Jahre wird im Jahre 1990 bereits rund 2,2 Millionen Mitbürger betragen. Sie wird damit gut eine halbe Million über der von 1981 liegen.

Von den 12,3 Millionen Mitbürgern über 60 Jahre leben bereits heute 4,3 Millionen Menschen (das sind rund 35 Prozent) in 1-Personen-Haushalten, das heißt: Sie leben allein. Der Anteil der alleinstehenden alten Menschen steigt mit zunehmendem Alter. In der Altersgruppe von 75 und mehr Jahren macht dies bereits heute fast die Hälfte des betroffenen Personenkreises aus.

Die bisherige Form der zweijährigen Ausbildung der Altenpfleger (ein Jahr Theorie, ein Jahr Praktikum) wird den heutigen Anforderungen im Altenpflegebereich längst nicht mehr gerecht. Nur eine durchgreifende Reform der Ausbildung hält diesen zunehmend wichtigen Beruf attraktiv und sichert zugleich den alten und hilfsbedürftigen Menschen die bestmögliche Unterstützung und Pflege — ambulant wie stationär.

- Notwendig ist heute über die vorsorgende Pflege hinaus die Beziehungspflege — also die Notwendigkeit, verstärkt Kontakt aufzubauen.

- Notwendig ist ein hohes Maß an speziellem, qualifiziertem Fachwissen über

psychische Erkrankungen im Alter und damit verbunden Sicherheit im Umgang mit diesem Personenkreis.

■ Immer stärker gehört die Begleitung Sterbender und ihrer Angehörigen zu den Aufgaben der Altenpflege (Beispiel: In einem Altenkrankenheim mit 160 Plätzen starben im Jahr 1984 ca. 100 Bewohner).

■ Die Anforderungen an die individuelle psychosoziale Betreuung und an den Umgang mit medizinisch-technischen Ausstattungsgegenständen und Arbeitsgeräten sind enorm gestiegen.

■ Viel stärker als früher sind die Altenpflegerinnen/Altenpfleger gefordert in der ambulanten Betreuungsarbeit (Einbeziehung und Begleitung der Familien und Nachbarschaften in Pflege und Betreuung) und in der Anleitung von Praktikanten und Pflegehilfskräften (z. B. Zivildienstleistende und junge Leute im freiwilligen sozialen Jahr).

Zur Gewährleistung der steigenden fachlichen und persönlichen Anforderungen an die Pflegekräfte werden die Länderregierungen aufgefordert, die Ausbildungsordnungen für Altenpfleger und Altenpflegerinnen mit dem Ziel zu ändern, die Qualität der Ausbildung im Rahmen einer dreijährigen Ausbildungszeit zu verbessern. Dabei sind folgende Kriterien zu berücksichtigen:

■ Die Ausbildung, die mit einem staatlichen Examen abschließt, soll künftig zwei Jahre Theorie und Praxis in einer Ausbildungsstätte umfassen.

■ Im Anschluß an die zweijährige Ausbildung soll ein einjähriges Berufspraktikum in einer Sozialstation oder einem Pflegeheim erfolgen.

■ Während des Berufspraktikums sollen Studientage durchgeführt werden.

Hinsichtlich der entstehenden Mehrkosten sind Verhandlungen mit den Trägern der Ausbildungsstätten mit dem Ziel zu

führen, eine Regelung herbeizuführen, die den Auszubildenden Schulgeldfreiheit sichert.

Gewaltkommission hat Arbeit aufgenommen

Die von der Bundesregierung eingesetzte Gewaltkommission nimmt ihre Arbeit auf. Die Bundesregierung hat Ende 1987 die Einsetzung einer „Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“ beschlossen und Landesjustizminister a. D. Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind (Ruhr-Universität Bochum) zum Vorsitzenden und Justizsenator a. D. Prof. Dr. Jürgen Baumann (Universität Tübingen) zum stellvertretenden Vorsitzenden berufen.

Am 9. Januar 1988 hat die Leitungskonferenz der unabhängigen Regierungskommission bereits vorläufig die wichtigsten organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen für die erste Plenarsitzung am 4./5. Februar 1988 in Bonn geschaffen.

Die Kommission, die sich aus Mitgliedern aus Wissenschaft und Praxis zusammensetzt, wird auf dieser Eröffnungssitzung ein Arbeitsprogramm zur Verwirklichung des Regierungsauftrages beschließen.

Der Regierungsauftrag sieht vor, die Ursachen insbesondere

- der politisch motivierten Gewalt,
- der Gewalt auf Straßen und Plätzen,
- der Gewalt im Stadion,
- der Gewalt in der Schule und
- der Gewalt in der Familie

zu untersuchen und bis Ende 1989 Konzepte zu entwickeln, die so praxisnah und handlungsorientiert gefaßt sein sollen, daß sie von Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz auch möglichst kurzfristig umgesetzt werden können.

Neue Impulse in der Frauenpolitik

Der Bundesfachausschuß „Frauenpolitik“ der CDU Deutschlands ist in dieser Legislaturperiode erstmals eingerichtet worden. Er gehört zu jenen konkreten Instrumenten, die bei der gemeinsamen Sitzung der Bundesvorstände von CDU und Frauenvereinigung im Oktober vergangenen Jahres beschlossen wurden mit dem Ziel, der Frauenpolitik der CDU neue Impulse zu geben.

Die Vorsitzende des neuen Bundesfachausschusses, Staatssekretärin **Maria Herr-Beck**, erklärte nach der konstituierenden Sitzung: Der Ausschuß wird sich mit den Lebenssituationen von Frauen heute befassen und hierbei vor allem jene Lebensbereiche aufgreifen, in denen nach wie vor offenkundige Benachteiligungen für Frauen existieren. Hierzu werden konkrete politische Perspektiven erarbeitet, die nicht allein der Bewußtseinsbildung dienen, sondern darüber hinaus zu Veränderungen und politischer Umgestaltung auffordern.

Im Blickpunkt steht hierbei die Überzeugung, daß die Gleichberechtigung Verfassungsgebot und Wertorientierung zugleich ist und damit Pflichtaufgabe für alle, die politische Verantwortung tragen.

Arbeitsschwerpunkte des Bundesfachausschusses werden sein:

- Die wertschaffenden Leistungen der Familienarbeit, die überwiegend von Frauen erbracht werden, müssen in den bestehenden Systemen der sozialen Sicherung deutliche — nicht nur verbale — Anerkennung finden. Mit der Anerkennung der Erziehungszeiten bei der Berechnung der Rente ist ein erster Erfolg erzielt, um die Frauen, die sich ausschließlich der Familientätigkeit wid-

men, besser als bisher abzusichern. Es sind aber weitere Maßnahmen nötig, wie z. B. eine Absicherung der erbrachten häuslichen Pflegeleistungen.

- Der Bundesfachausschuß wird — im Zusammenwirken mit dem Bundesfachausschuß „Familienpolitik“ — die Ausweitung jener familienpolitischen Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode fordern, die unverzichtbare Voraussetzung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind. Hierzu gehören: die Ausweitung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie, die Erhöhung des Kindergeldes ab dem zweiten Kind und eine weitere Verbesserung des Familienlastenausgleichs.

- Es sind Konzepte zu entwickeln zur Umsetzung der seit langem geforderten Flexibilisierung der Arbeitszeit und zur Schaffung eines größeren Angebotes an qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen.

- Ein entscheidender Weg zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen und Männern nach der Familienphase sind berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen zur Erhaltung und zum Ausbau beruflicher Qualifikation. Hierzu werden vom Ausschuß u. a. Modellversuche großer Firmen und einiger Bundesländer zur Verbesserung der Wiedereingliederung untersucht.

- Bei Untersuchungen über die Berufswahl von Frauen läßt sich feststellen, daß noch immer wenige Frauen aus dem Spektrum der „weiblichen Berufsfelder“ heraustreten. Neue Technologien sind für Frauen ein zukunftsträchtiges Angebot. Der Ausschuß wird über Wege zu gezielter Beratung für Frauen sprechen, damit dieses Angebot genutzt wird.

Zu Mitgliedern des Ausschusses wurden Frauen und Männer berufen, die durch

Sonntag muß Sonntag bleiben

In der Debatte um das neue Arbeitszeitgesetz erklärte **MdB Alfons Müller (Wesseling)** u. a.: Ich begrüße es, daß es bei dem Grundsatz bleibt, **Sonn- und Feiertagsarbeit aus rein wirtschaftlichen Gründen nicht zuzulassen. Allerdings muß dafür gesorgt werden, daß die Sonntagsruhe nicht durch neue Ausnahmetatbestände unterlaufen und ausgehöhlt wird. Es ist im Gesetzgebungsverfahren sorgfältig zu prüfen, ob die Ausnahmegründe im § 7 Abs. 19, wonach aus chemischen, biologischen, technischen oder physikalischen Gründen, weitere Sonntagsarbeit zugelassen werden kann, überhaupt notwendig sind.**

Ich bin der Bundesregierung sehr dankbar, daß sie dem Begehren des Bundesra-

entsprechende Erfahrungen in Wissenschaft und Politik ausgewiesen sind. Hinzu kommen Vertreterinnen und Vertreter aus allen Vereinigungen und Landesverbänden der CDU. Der Sachverständigenrat der Ausschußmitglieder verspricht für die Frauenpolitik der CDU wegweisende Impulse.

Der Ausschuß wird den Bundesvorstand der CDU bei der Konkretisierung der Frauenpolitik beraten und auch durch Eigeninitiativen und Stellungnahmen auf Probleme und Benachteiligungen von Frauen hinweisen und Lösungsvorschläge unterbreiten.

Im Sinne einer zügigen und konzentrierten Arbeit hat der Ausschuß Arbeitsgruppen zu folgenden Themen gegründet: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauen und Familie, Frauen und Arbeitswelt, neue Berufsfelder für Frauen, Frauenförderpläne, Frauen in der CDU.

tes eindeutig widerspricht „für den Betrieb von hochmechanischen und automatisierten Produktionsanlagen, bei denen infolge der Mechanisierung oder Automatisierung ein erheblicher Anteil wartender, steuernder und überwachender Tätigkeit vorliegt“ weitere Ausnahmen zuzulassen. Wir wollen nicht, daß durch optimale Kapazitätsauslastung und Verlängerung der Laufzeiten der Maschinen, auch an Sonn- und Feiertagen wesentliche Kostenentlastungen erreicht werden. Dies sind rein wirtschaftliche Gründe, die wir ablehnen.

Wir sollten nicht alle Entscheidungen immer nur vom Geld und von der Rentabilität her sehen. Es gibt auch noch tragende Werte, die eine ethische Grundlage haben und die man nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Produktivität sehen kann.

Wenn wir jetzt allzu schnell und ohne großen Widerstand dem Begehren auf noch mehr Ausnahmetatbestände nachgeben, dann werden wir den Sonntag auf Dauer nicht halten können. Bereits jetzt arbeiten vier Millionen Menschen an Sonn- und Feiertagen, vorwiegend in sozialen Berufen, im Ordnungswesen und im Dienstleistungsbereich.

Wichtiger Hinweis

Die aktuelle CDU-Dokumentation „Solidarische Erneuerung unserer Krankenversicherung“ im grünen Teil der Ausgabe 2/88 können Sie auch in größerer Menge über das **IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold** beziehen.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 17, — DM
Bestell-Nr.: 5058

Bundesfachausschuß Sozialpolitik setzt neue Schwerpunkte

Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik der CDU hat sich am 7. Dezember 1987 in Bonn neu konstituiert. Dem sozialpolitischen Beraterkreis des CDU-Bundesvorstandes gehören 35 Experten aus Parlamenten, Länderregierungen, Gewerkschaften, Wirtschaft und dem Gesundheitswesen an. Vorsitzender — als Nachfolger von Ulf Fink — wurde Hermann-Josef Arentz (34), sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen und des CDA-Bundesvorstandes.

In einem Pressegespräch stellte Arentz heute in Bonn wichtige Themen aus dem Arbeitsprogramm des Bundesfachausschusses vor:

1. Die **Strukturreform des Gesundheitswesens** wird ein Schwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses sein. Merkmal jeder intelligenten und menschlichen Sozialpolitik müsse heute der Grundsatz sein: „Alle Leistungen gehören auf den Prüfstand, um neuen sozialen Bedürfnissen gerecht werden zu können.“ Diesem Grundsatz werde der Ansatz Blüms zur Strukturreform im Gesundheitswesen gerecht. Die Abschaffung überflüssiger Leistungen sei ebenso wichtig wie die Antwort auf neue Herausforderungen, insbesondere die Gewährung von Hilfen für die Pflege in den Familien.

2. Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik wird sich intensiv mit der anstehenden **Strukturreform der Alterssicherungssysteme** befassen. Dabei stehen Fragen der langfristigen Sicherung der Renten bei vertretbaren Beiträgen, der Vermeidung verschämter Altersarmut und der Harmonisierung der verschiedenen Alterssicherungssysteme im Mittelpunkt.

3. Die **Arbeitslosigkeit** bleibt eine zentrale Herausforderung der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Trotz des Anstiegs der Beschäftigtenzahl um rund 700.000 in den letzten fünf Jahren bleibt die Situation unbefriedigend. Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik wird deshalb über ein Maßnahmenbündel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit beraten, z. B. flexible Arbeitszeit, stärkere Qualifizierung der betroffenen Arbeitnehmer, Teilruhestand usw. Die Weiterentwicklung des Instrumentariums der aktiven Arbeitsmarktpolitik bleibt vordringlich.

4. Das **sozialpolitische Profil der CDU** muß weiter geschärft werden. Die CDU als Partei der großen sozialen Reformen — die Grundlagen der modernen Sozialpolitik wie dynamische Rente, Familienlastenausgleich, Mitbestimmung sind ausnahmslos von der Union geschaffen worden — muß sich heute neuen Herausforderungen stellen, insbesondere auf Grund des geradezu revolutionären Umbruchs der Altersstruktur unseres Volkes. **Notwendig ist eine neue Konzeption subsidiärer Sozialpolitik.** Stichworte sind hier u. a.

- demographischer Wandel
- Zunahme der Zahl alter Menschen
- Zunahme des Pflegebedarfs
- Notwendigkeit einer höheren Anerkennung ehrenamtlicher und sozialer Dienste.

5. Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik versteht sich als **innerparteiliche „Clearing-Stelle“** für Erfahrungen aus den verschiedensten Bereichen der Sozialpolitik, und zwar aus Kommunen, Bundesländern, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und neuen sozialen Initiativen.

Überwältigender Vertrauensbeweis der hessischen CDU für Walter Wallmann

Zu einem überwältigenden Vertrauensbeweis für den CDU-Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Walter Wallmann, wurden die ersten Landesvorstandswahlen der hessischen CDU seit der Regierungsübernahme im April 1987. Mit 423 von 438 Stimmen (96,5 Prozent) erhielt Walter Wallmann beim CDU-Landesparteitag in Alsfeld (23. Januar 1988) ein überragendes Ergebnis.

Auch seine Stellvertreter wurden überzeugend im Amt bestätigt: Staatssekretärin Otti Geschka (353 von 446 Stimmen), Justizminister Karl-Heinz Koch (394), Innenminister Gottfried Milde (417), Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (362) und der Vorsitzende der hessischen CDU-Landesgruppe im Bundestag, Otto Zink (412). Bei einem Blick auf die Liste der Landesvorstandsmitglieder fällt vor allem auf, daß sich der Frauenanteil erheblich erhöht hat.

Geprägt war der Landesparteitag von einer schlagkräftigen Geschlossenheit der hessischen Landespartei — und von einer großen Grundsatzrede des Landesvorsitzenden.

Dabei warnte Wallmann seine Partei nachdrücklich vor einer Gefälligkeitspolitik: „Ich mache mir Sorgen, wenn sich der Eindruck verbreiten würde, die Union entscheide zu oft nicht nach dem, was sachlich erforderlich ist, sondern nach dem, was nach Meinungsumfragen besonders opportun erscheint.“ Es dürfe aber nicht einmal den Anschein einer Gefälligkeitspolitik geben.

Punkt für Punkt zählte der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident die

Erfolge der Koalition der Mitte auf, zu der es in Hessen keine Alternative gebe: „Diese Koalition hat in den ersten achteinhalb Monaten mehr Entscheidungen getroffen und zum Nutzen der Menschen umgesetzt, als es Rot-Grün in fünf Jahren vermocht hat.“ Gleichzeitig verlangte Walter Wallmann, die Koalition müsse sich Tag für Tag neu bewähren, „durch Sachlichkeit in der Arbeit und durch menschlichen Anstand im Umgang miteinander“. Dabei warnte er vor Profilierungen zu Lasten anderer. Und in Anspielung darauf, daß das Parteibuch in vier Jahrzehnten sozialdemokratischer Regierungstätigkeit in Hessen nicht gerade bedeutungslos war, ließ Wallmann erkennen, daß das Parteibuch für Einstellung und Karriere ausgedient habe — und Leistung entscheidend sei. Wallmann fügte hinzu: „Ich werde es nicht zulassen, daß wir in der Regierungsverantwortung satt, träge und selbstgerecht werden.“ Gerade die Tatsache, daß Hessen das einzige Bundesland sei, in dem die Union innerhalb der letzten fünf Jahre zugelegt habe, sei eine besondere Verpflichtung. Die hessische CDU müsse ein Vorbild sein an Leistung, Arbeitsfreude, Geschlossenheit, Sachlichkeit und intellektuellem Mut.

Unmißverständlich bezog der CDU-Landesvorsitzende Stellung zu den Ereignissen um Transnuklear und Nukem: „Wir werden die Vorgänge rückhaltlos aufklären und die Öffentlichkeit ohne Wenn und Aber unterrichten. Und wir werden Konsequenzen aus der Entwicklung in den Hanauer Betrieben ziehen.“ Die Sicherheit, so der Ministerpräsident, stehe über allem. Er halte es jedoch für

Heuchelei, so Wallmann an die Adresse von SPD und Grünen, wenn diejenigen, die jahrelang nichts getan hätten, sich heute beklagten, daß eine sorgfältige Auswertung Zeit benötige. Beiden Oppositionsparteien gehe es nicht um die Sicherheit, sondern um den Versuch, die Hanauer Betriebe als Mittel für den Aufstieg aus der Kernenergie zu benutzen.

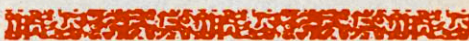
An das schlimme Erbe, daß die CDU/FDP-Koalition in einigen Bereichen übernommen habe, erinnerte der Vorsitzende der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Hartmut Nassauer. Bei der Aufklärungsquote von Straftaten sei Hessen zum Schlußlicht in der Bundesrepublik geworden, die Polizei sei von der SPD über Jahre im Regen stehen gelassen worden. Um so heuchlerischer sei es, wenn die SPD ausgerechnet jetzt als Opposition personelle Aufstockungen fordere. Daß die CDU dies getan habe, sei selbstverständlich. „Vor allen Dingen aber müssen wir uns für die Stärkung des Rechtsbewußtseins einsetzen“, forderte der Fraktionschef jedoch mit Nachdruck. Es müsse deutlich werden, daß das Recht in Hessen für alle gelte und sich niemand ungestraft darüber hinwegsetzen können, Nassauer wörtlich: „Die Hafensstraße befindet sich weder in Kassel noch in Darmstadt, weder in Frankfurt noch in Wiesbaden.“ Daß an der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens zwei hessische Polizisten durch Schüsse aus dem Hinterhalt ermordet worden seien, läge auch an der Verharmlosung der Gewalt durch Politiker. Hartmut Nassauer: „Von der Gewalt des Wortes über Gewalt gegen Sachen ist es zur Gewalt gegen Menschen gekommen“.

Einen weiteren Schwerpunkt des CDU-Landesparteitages in Alsfeld bildete die Verabschiedung eines Arbeitspapierses „Perspektiven '88“ für die Landespartei. Bei der Vorstellung ging CDU-Generalse-

kretär Franz Josef Jung auf die Gentechnologie ein, mit deren Hilfe es vielleicht bald schon möglich sein werde, die Ernährungsprobleme der Weltbevölkerung zu lösen.

Warnungen, so Jung weiter, nehme die hessische CDU sehr ernst, aber sie veranlaßten nicht dazu, einen ganzen Forschungszweig pauschal zu diskreditieren. Während die Produktion von Insulin in Hessen ein positives Beispiel für den Nutzen aus der Gentechnologie sei, lauerten im Bereich der Humangenetik Gefahren. Jung: „Als Christen wissen wir, daß uns der Eingriff in die Schöpfungsordnung versagt bleiben muß. Als Politiker haben wir die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um solche Schreckensvisionen im Keim zu ersticken.“

Zur Landespolitik bemerkte der CDU-Generalsekretär, daß die hessische SPD sich seit April 1987 in den Schmollwinkel zurückgezogen und die Oppositionsrolle noch nicht angenommen habe, die Grünen dagegen seien mit sich selbst genug beschäftigt.



Hinweis

In der UID-Dokumentation 2/88 über die „Solidarische Erneuerung der Krankenversicherung“ fehlen auf Grund eines Übermittlungsfehlers unter der Rubrik „12. Stichwort, Unterüberschrift „Zuzahlung und Härteklausele“ zwei Zeilen (Seite 17, grüner Teil).

Richtig und vollständig muß es zu Beginn des dritten Absatzes heißen: Die bisherige Eigenbeteiligung des Patienten von 40 v. H. an den zahntechnischen Leistungen beim Zahnersatz entspricht einer Eigenbeteiligung des Patienten am gesamten Zahnersatz von 22 v. H. Angesichts . . .

Chancen und Risiken der Gentechnik

Neue technische Möglichkeiten der Manipulation des Menschen werfen die Frage nach der Grenze des dem Menschen Erlaubten auf und fordern ethisch und rechtlich fundierte Antworten. CDU und CSU haben im Schweitzer Verlag ein Fachbuch herausgegeben (Herausgeber: Heinz Seesing MdB), in dem grundsätzliche Aussagen zu den mit der Gentechnik am Menschen zusammenhängenden Fragen getroffen werden.

Grundlegende Ausführungen von Bundeskanzler Helmut Kohl und den Ministern Blüm, Riesenhuber und Süßmuth zu den Chancen und Grenzen der Gentechnik, zu ihren Auswirkungen auf das menschliche Leben, zur Genomanalyse bei Arbeitnehmern und zu den erforderlichen Sicherheitsstandards sind Teil dieses zukunftsweisenden Buches.

CDU und CSU bejahen den technischen Fortschritt. Aber der menschlichen Freiheit sind Grenzen gesetzt, wo der Mensch manipuliert wird. Die dem Menschen dienenden Chancen der neuen Zukunftstechnologien müssen genutzt und weiterentwickelt werden, denn unsere Aufgabe ist es, das Leben humaner zu gestalten. CDU und CSU unterbreiten mit vorliegendem Band Vorschläge für die in naher Zukunft zu treffenden Richtungsentscheidungen im Bereich der Gentechnologie am Menschen.

Der Band soll informieren und Bewußtsein bilden. Es kann nur eine einheitliche ethische und rechtliche Grundposition geben: Menschliches Leben ist unverfügbar. Jenseits der Grenze des Erlaubten liegen Maßnahmen, die menschliches Leben zur Handelsware degradieren oder gar zum Objekt züchterischer Maßnahmen machen.

Das Buch schließt an die im selben Verlag veröffentlichten Grundpositionen von CDU und CSU zur Fortpflanzungsmedizin an.

Beide Bände haben besondere Bedeutung im Hinblick auf die Programmatik des kommenden CDU-Bundesparteitags.

Das Buch zur Gentechnik wird ab März 1988 unter dem Titel Heinz Seesing (Hrsg.): „Technologischer Fortschritt und menschliches Leben — Rechtspolitische Grundsätze von CDU und CSU zur Gentechnik am Menschen“ in der Blauen Reihe des J. Schweitzer-Verlags München/Frankfurt im Buchhandel erhältlich sein. Das Buch zur Fortpflanzungsmedizin ist als Band 11 derselben Reihe im Januar 1987 erschienen.

TERMINE

- 1.2. **CDU Präsidium**
Sitzung, Bonn
- 1.2. **CDU Bundesvorstand**
Sitzung, Bonn
- 1.2. **OMV Bund**
Vorstandssitzung, Bonn
- 1.2. **LV Saar**
Landesvorstand, Saarbrücken
- 2.2. **CDU Bund**
Expertengespräch: „Für Kinder bleibt noch viel zu tun“, Bonn
- 2.2. **Junge Union Saar**
Landesvorstand, Saarbrücken
- 4.2. **LV Saar**
Fachtagung, Saarbrücken
- 6.2. **Frauenvereinigung Rheinland-Pfalz**
Hauptausschuß, Mainz
- 7./13.2. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitisches Seminar, Berlin
- 8.2. **Frauenvereinigung Saar**
Landesvorstand, Saarbrücken
- 8.2. **LV Rheinland-Pfalz**
Landesvorstand, Mainz
- 9.2. **CDA Rheinland-Pfalz**
Vorstand, Mainz
- 9.2. **LV Saar**
Kommunalpolitische Kommission, Saarbrücken
- 9.2. **LV Saar**
LFA „Europa und Entwicklungspolitik“, Saarbrücken
- 11.2. **LV Saar**
LFA „Finanz- und Steuerpolitik“, Saarbrücken

**Seit
1. Jan. 1988:**

14 Milliarden mehr im Geldbeutel

Die Steuersenkung geht weiter

Seit 1. Januar zahlen Arbeitnehmer und Wirtschaft fast **14 Milliarden Mark weniger Steuern**. Die 2. Stufe der Steuerreform bringt

✗ eine spürbare Absenkung der Progression. Weniger Steuern – das heißt mehr Geld im Portemonnaie. Damit lohnt sich Leistung wieder. Die Rahmenbedingungen für Investitionen und mehr Arbeitsplätze werden verbessert;

✗ eine Anhebung des Grundfreibetrages um 216/432 DM (Ledige/Verheiratete);

✗ eine Erhöhung der Ausbildungsfreibeträge, des Haushaltsfreibetrages und sonstiger familienbezogener Freibeträge;

✗ verbesserte Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe.

Zusammen mit der ersten Stufe der Steuerreform, die seit 1986 in Kraft getreten ist, haben die Bürger eine Steuerentlastung von insgesamt 24,6 Milliarden DM erhalten, **ohne daß hierfür andere Steuern erhöht wurden.**

**Wort gehalten: Wir senken die Steuern
Die Steuersenkungspartei**

CDU

Die Steuersenkungspartei



*Die
Zukunft*



Plakatwände für Großflächen

Kostengünstig und attraktiv

Untersuchungen zeigen: Großflächenplakatwände finden beim Bürger große Beachtung. Deshalb freuen wir uns, Ihnen ab sofort diesen Werbeträger zu kostengünstigen Konditionen anbieten zu können. Denn eigene Plakatwände zahlen sich für Ihren Ortsverband schnell aus.

Immer einsetzbar, variantenreich nutzbar

Großflächen sind in Wahlkampfzeiten ein optimaler Werbeträger. In jedem Ortsverband gibt es geeignete Standorte, wo unsere Politik per Großflächenplakatwand dem Bürger nahegebracht werden kann. Eine Großfläche am Ortseingang, vor dem Supermarkt oder in einer Baulücke in der City: Mit der **eigenen** Großfläche können Sie den besten Standort jetzt selbst bestimmen und nutzen.



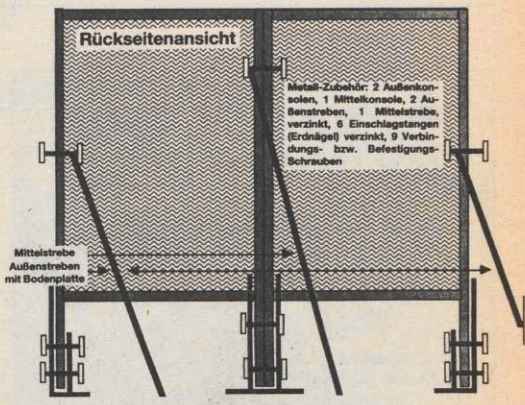
Aber auch sonst bieten sich zahlreiche Nutzungsmöglichkeiten geradezu an und werden vor Ort noch viel zu selten wahrgenommen:

- Ankündigung für CDU-Veranstaltungen jeder Art, vom Straßenfest bis zum Diskussionsabend.
- Aktionsfläche für CDU-Veranstaltungen, z. B. Mal- und Graffiti-Wettbewerbe.
- Einsatz im Umfeld von Messen und Ausstellungen.
- Ausleihmöglichkeit auf Zeit an Gruppen, Vereine und Organisationen im vorpolitischen Raum.

Das entscheidende Plus: In 30 Minuten auf- oder abgebaut

Da die Plakatwände geteilt sind, ist ein Aufbau durch zwei bis drei Personen schon in 30 Minuten machbar. Das heißt: Ein Standortwechsel ist beliebig oft durchführbar. Das ist praxisgerecht. Die solide Bauweise garantiert jahrelange Haltbarkeit. Die Klebefläche besteht aus wasserfest verleimten Spanplatten, 16 mm stark. Die Schnittkanten der Spanplatten sind gegen eindringendes Wasser lackiert. Die oberen Schnittkanten werden zusätzlich durch ein fest verleimtes Traufbrett gegen Wasser von oben geschützt.

Eine Investition, die sich für jeden Ortsverband lohnt und schnell bezahlt macht!



Der Stückpreis beträgt 695,- DM + MwSt. ab Werk und Versandkosten

Die Bestellung erfolgt über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Information, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1

Angebotskatalog anfordern! ☎ **(02 28) 54 43 79**

Über das IS-Versandzentrum unter den üblichen Bedingungen zu beziehen.

Großflächen-Service der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Um Ihnen einen immer aktuellen und gutaussehenden Werbeträger zu bieten, machen wir Ihnen folgende Angebote:

➡ Kostenlose Plakate bei bundesweiten Wahlkämpfen und Aktionen.

➡ Kostenlose Grundausstattung von Rahmengroßflächen, sechs Bogen weiß (Makulatur), zwei Bogen mit CDU-Zeichen.

➡ DIN-A0-Plakate, im Schachbrettmuster zu kleben.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU Umwelt extra

INFORMATIONEN UND PRAKTISCHE TIPS ÜBER UMWELTSCHUTZ IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND EUROPA

- **Friseurin Gaby: „Meine Kunden wollen kein Spray mehr“**
(Seite 43)
- **Das Leiden des Rheins geht zu Ende**
(Seite 67)
- **Keine Utopie: Strom durch Wind**
(Seite 90/91)
- **Totenstille? Nein – aber bitte weniger Lärm**
(Seite 12)
- **Biotop statt Zierrasen in Ihrem Garten**
(Seite 14/15)



Klares, frisches Wasser ist Leben

Interview mit Umweltsenator Professor Klaus Töpfer

● „Nicht immer mit dem Finger auf den anderen zeigen“

CDU-Umwelt-Extra

Das neue 16seitige Umweltmagazin im Vierfarbdruck gibt Informationen und praktische Tips über Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland und Europa. Außerdem wird die erfolgreiche Politik der CDU als Vorreiter des Umweltschutzes in Europa ausführlich und anschaulich dargestellt.

Bestell-Nr.: 2003
Mindestabnahme: 200 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme:
42,— DM + MWSt.

Bestellungen über das
IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold

UID

3/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.